

# IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

März 2011



## Die Schuldenbremse: Ein Turngerät für Akrobalen

Welche Note bekäme ein Student im Fach „Wirtschaftskunde“, der auf die Frage des Prüfers nach der „Schuldenbremse“ die Antwort gäbe: „Das ist ein Turngerät für Politakrobalen“? Wenn der Lehrer regelmäßig eine Zeitung mit einem ausführlich berichtenden Wirtschaftsteil liest, dann würde er – nach einem kurzen Zögern – vielleicht für eine solche Antwort ein „gut“ mit der Bemerkung geben: „Ja, so kann man es auch mal sehen.“

Für diesen gedachten, aber keineswegs wirklichkeitsfremden Dialog hat in den frühen Märztagen 2011 Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble gesorgt. Die Vorschrift der sogenannten Schuldenbremse – eine im Grundgesetz verankerte Regel für die höchstzulässige Staatsverschuldung in einem Jahr – soll sicherstellen, dass der Staat sich nicht ins Uferlose verschuldet. Einnahmeverbesserungen müssen daher sofort – das Gesetz sagt „ohne Verzug“ – zum Schuldenabbau verwendet werden. Finanzminister Schäuble tut das aber nicht. Und das hat – ganz überwiegend – Gründe, die man „politisch“ nennt, weil man keinen unpolitischen Sachzwang erkennen kann. Der Finanzminister operiert also weiterhin mit Schulden, die nach den Regeln der Schuldenbremse nach baldigster Tilgung rufen. Die „angesparten“ Steuereinnahmen – so vermuten kundige Kritiker – will er bis zur nächsten Wahl für eine attraktive Steuerensenkung aufheben.

Das ist natürlich nicht Sinn der Schuldenbremse. Die soll nämlich die Politiker davon abhalten, sich vor Wahlen „notfalls“ – also wenn kein Steuergeld mehr verfügbar ist – mit Wahlgeschenken auf Pump zu empfehlen. Dahinter wiederum steht die Vermutung, ein nicht geringer Teil der geradezu wie unbeherrschbar steigenden Staatsschulden zeige seine auffälligsten Sprünge just vor Wahlterminen. Wer mehr darüber wissen will: Es gibt keinen kundigeren Erklärer als Wolfgang Schäuble.

*Hans D. Barbier*

## Europa 2020: Leitbild Ressourceneffizienz?

Die Europäische Kommission hat Ende Januar 2011 die Leitinitiative „Ein ressourcenschonendes Europa“ veröffentlicht. Das ist die siebte und letzte Leitinitiative im Rahmen der sogenannten Europa-2020-Strategie. Sie soll intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum in Europa stärken. Ressourceneffizienz wird künftig Leitprinzip der EU-Politik in den Bereichen Biodiversität, Energie, Fischerei, Industrie, Klimaschutz, Landwirtschaft, Regionalentwicklung, Rohstoffe und Transport sein – also mehr oder weniger überall.

Wie das geschehen soll, wird in der Leitinitiative auch erläutert: Treibhausgasemissionen in Europa um 80 bis 95 Prozent bis zum Jahr 2050 senken, Landwirtschafts- und Fischereisektor reformieren, Ernährungssicherheit in Entwicklungsländern garantieren und die Widerstandsfähigkeit der Europäischen Union im Falle zukünftiger globaler Preissteigerungen im Energie- und Rohstoffsektor stärken.

[ec.europa.eu/resource-efficient-europe](http://ec.europa.eu/resource-efficient-europe)

## Hartz IV: Neuberechnet oder ausgehandelt?

Nach langem Hin und Her im Vermittlungsausschuss haben Bundestag und Bundesrat den neuen Regelsätzen für Bezieher von Hartz-IV-Leistungen zugestimmt. Rückwirkend

zum 1. Januar 2010 erhalten knapp fünf Millionen erwachsene Leistungsempfänger 364 statt 359 Euro. Zu Jahresbeginn 2012 steigt der Regelsatz um weitere drei Euro – zusätzlich zu einer dann jährlich fälligen Erhöhung, die sich aus Inflations- und Lohnentwicklung ergibt. Eine Neuberechnung war notwendig geworden, weil das Bundesverfassungsgericht im Februar 2010 entschieden hatte, dass die bisherige Berechnungsmethode nicht verfassungskonform sei.

Die Erhöhungen sind – samt Bildungspaket für Kinder von Hartz-IV-Empfängern und Geringverdienern sowie neuer Mindestlöhne in den Bereichen Zeitarbeit, Wach- und Sicherheitsgewerbe sowie Weiterbildung – das Ergebnis eines Kompromisses zwischen der Bundesregierung und der SPD. Während erstere bei ihrer Variante der Neuberechnung auf eine Erhöhung von fünf Euro kam, errechneten SPD und Grüne auf ihre Weise ein Plus von elf Euro.

Dass das erzielte Ergebnis von acht Euro genau in der Mitte zwischen fünf und elf liegt – ein Schelm, wer Böses dabei denkt. Immerhin ging es den Verfassungsrichtern bei ihrer Entscheidung vor einem Jahr nicht um die Höhe, sondern um die transparente und sachlich saubere Ermittlung der Hartz-IV-Sätze. Die verhandelnden Sozialpolitiker haben aber – auch medial – vor allem

um die Höhe gerungen. Da scheint der Weg geradewegs zurück nach Karlsruhe zu führen: Sogar an den Verhandlungen beteiligte SPD-Politiker halten – neben Vertretern von Bündnis 90/Die Grünen und der Partei Die Linke – ein erneutes Veto des Bundesverfassungsgerichtes für möglich. Übrigens kostet der politische Kompromiss zur Hartz-IV-Reform den Bund insgesamt rund 1,6 Milliarden Euro im Jahr. Woher das Geld kommt? Zum Beispiel von der Bundesagentur für Arbeit.

[www.bmas.de/portal/50642/](http://www.bmas.de/portal/50642/)

## Krankenkassen: Tendenz uneinheitlich

14 der 156 gesetzlichen Krankenkassen erhoben zum Stichtag 1. Januar 2011 Zusatzbeiträge von ihren Mitgliedern. Davon betroffen seien rund 8,1 Millionen Versicherte, schreibt die Bundesregierung in einer Antwort auf eine Kleine Anfrage (BT-Drucksache 17/4761). Sechs Krankenkassen gewähren den Angaben zufolge ihren insgesamt 400 000 Mitgliedern dagegen eine Prämie, die zwischen 2,50 und sechs Euro pro Monat und Mitglied liegt.

Die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) sind in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich vier Prozent gestiegen; die beitragspflichtigen Einnahmen erhöhten sich allerdings nur um durchschnittlich 1,5 Prozent. Die Bundesregierung erwartet für die kommenden Jahre „eine eher moderatere Ausgabendynamik“; ausführlicher begründet wird diese Annahme allerdings nicht.

[www.bundestag.de/presse/hib/](http://www.bundestag.de/presse/hib/)

## Klimaschutz mit der Zapfpistole?

**Quasi fließend sollte der Klimaschutz verstärkten Einzug in den Straßenverkehr halten: Mit Beginn des Jahres 2011 sollte ein neuer Kraftstoff namens „E10“ aus den Zapfpistolen der Tankstellen laufen. Nur: Tanken will ihn kaum jemand.**

In Bezug auf den Klimaschutz per „E10“ erleidet die Bundesregierung zum zweiten Mal Schiffbruch. Bereits 2008 sollte Kraftstoff mit zehnpromentiger Beimischung von Ethanol – daher der Name E10 – in Umlauf gebracht werden.

Während damals die Beimischung bereits im Vorfeld gestoppt wurde – die Automobilhersteller wollten oder konnten die Verträglichkeit ihrer Motoren nicht garantieren, die Biosprit-Produzenten sahen die nötigen Mengen nicht verfügbar –, ist aktuell die Lage anders. 7 000 der 15 000 Tankstellen in Deutschland haben inzwischen E10 im Angebot, der neue Sprit ist in ausreichender Menge verfügbar.

Rund 90 Prozent der Automobile vertragen das E10-Gemisch, aber knapp drei Viertel der Autofahrer wollen laut Mineralölwirtschaftsverband vom neuen Treibstoff nichts wissen. Die Folge: Die flächendeckende E10-Einführung wurde von den Mineralölkonzernen vorerst gestoppt, weil der Kaufstreik den Absatz blockiert und die Raffinerien auf vollen Tanks sitzen.

## Vorgabe: Klimaschutz im Straßenverkehr

Dabei war doch alles so schön überlegt und ausgedacht. Auf Betreiben von Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihres damaligen Umweltministers Sigmar Gabriel wurde 2007

unter deutscher EU-Präsidentschaft der Beschluss gefasst, den Verkehrs- und Transportsektor stärker in die Klimaschutzbemühungen einzubinden. Die daraus resultierende EU-Richtlinie aus dem Jahr 2009 verpflichtet die EU-Mitglieder, bis zum Jahr 2020 zehn Prozent der im Verkehr genutzten Energie aus erneuerbaren Quellen sein muss. Die Leitidee: Europa muss ressourcenschonender und energieeffizienter in allen Bereichen des Lebens agieren.

Wie das erreicht wird, bleibt den einzelnen Mitgliedern überlassen. Sie können zum Beispiel mehr Anteile von Biosprit in den Kraftstoff mischen. Neben Deutschland hat sich bislang nur Frankreich für diesen Weg entschieden und ebenfalls flächendeckend E10 eingeführt; in den Niederlanden wird der neue Biokraftstoff in einigen Modellregionen getestet.

Möglich wäre aber auch, auf Strom aus erneuerbaren Energien für Elektrofahrzeuge zu setzen oder Hybridfahrzeuge – Autos mit je einem Verbrennungs- und Elektromotor – zu fördern. Mit der Zehn-Prozent-Festlegung soll der Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase – insbesondere CO<sub>2</sub> – bis zum Jahr 2020 um 20 Prozent gesenkt werden. Zudem sollen die Energieeffizienz um 20 Prozent gesteigert werden und der Anteil erneuerbarer Ener-

gien auf 20 Prozent des Gesamtverbrauchs wachsen.

## Kraftstoff vom Acker

Dass Kraftstoffe pflanzliche Zusätze enthalten, ist nicht neu. Bereits seit Jahren wird dem Benzin fünf Prozent Bioethanol und dem Diesel sieben Prozent Biodiesel, zum Beispiel aus Rapsöl, zugesetzt. Weil Biokraftstoffe bis zu 35 Prozent weniger Treibhausgase emittieren, sollen sie umweltverträglicher als Sprit aus Mineralöl sein.

In Deutschland wird Bioethanol hauptsächlich aus Getreide und Zuckerrüben gewonnen. Derzeit werden in Deutschland etwa 600 000 Tonnen Ethanol im Jahr hergestellt; damit kann gut die Hälfte des deutschen Bedarfs gedeckt werden. Geplant ist, die Menge weiter auszubauen, angestrebt wird fast das Doppelte an Ethanol. Dafür würden beispielsweise 4,5 Millionen Tonnen Getreide benötigt. Damit könnten bis zu acht Prozent des fossilen Benzins in Deutschland durch Ethanol ersetzt werden. Mit der Getreidemenge ließen sich jährlich allerdings rein rechnerisch auch fünf Millionen Menschen ernähren.

## Bioethanol statt Mineralöl: Nur eine Utopie?

Sollte in Deutschland Benzin und Diesel – der Verbrauch lag im Jahr 2010 immerhin bei



„Die Einführung von Biokraftstoffen dient generell dazu, unsere Abhängigkeit vom Öl zu reduzieren. Darüber gab es einen Konsens über die Parteigrenzen hinweg. Die Bundesregierung hat deshalb mit Zustimmung der rot-grünen Opposition und aller Bundesländer die Einführung von E10 ermöglicht.“

Norbert Röttgen, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

fast 52 Millionen Tonnen – vollständig durch Ethanol und Biodiesel aus Getreide ersetzt werden, würden die gesamten deutschen Acker- und Grünlandflächen dafür nicht ausreichen. Importe aus anderen Regionen der Welt wären nötig, beispielsweise aus Brasilien – dort wird Ethanol aus Zuckerrohr gewonnen – oder aus den USA, wo der Biosprit vor allem aus Mais hergestellt wird. Nur: Wenn weitere Länder ihren Biokraftstoffanteil ausweiten wollten – woher sollen die notwendigen Mengen kommen?

Das Institut für europäische Umweltpolitik (IEEP) in London hat ausgerechnet: Bis zum Jahr 2020 müssten für die Herstellung von Bioethanol weltweit 69 000 Quadratkilometer Ackerland kultiviert werden; diese Fläche wäre doppelt so groß wie Belgien, und die Verfasser der Studie befürchten, dass dafür vor allem Regenwälder gerodet werden.

### Biokraftstoff für alle?

„Agrosprit“-Pflanzen benötigen Millionen Hektar an Anbauflächen. Werden dafür Naturflächen umgewandelt – Wälder, Wiesen, Savannen u.ä. –, wird bei der Anbauvorbereitung CO<sub>2</sub> freigesetzt. Diese Freisetzung müsste in die Umweltbilanz von Biokraftstoffen einfließen, ebenso wie die Verwendung von Pestiziden und Düngemitteln oder die Belastungen durch Anbau, Ernte und Transport der Pflanzen für den Kraftstoff. In Deutschland wird die Ethanol-Produktion zertifiziert, um eine nachhaltige Herstellung zu gewährleisten. Ein staatenübergreifendes Zertifizierungssys-

tem besteht derzeit jedoch nicht, und so bleiben bei Biosprit-Importen umweltschädliche Aspekte vorerst außen vor.

Wie auch immer, das Fazit ist wenig erbaulich: Unbeschränkte Mobilität in entwickelten Staaten zu ermöglichen und zugleich die Welt ernährung durch den Anbau von Nahrungs- und Futtermittelpflanzen zu sichern – dazu dürften die weltweit nutzbaren Anbauflächen in naher Zukunft nicht ausreichen.

### Ein Problem kommt selten allein

Neben diesem globalen Aspekt sind die technischen Probleme vor Ort in Deutschland fast banal. Bei Verwendung von E10 benötigen die Fahrzeuge mehr Sprit, weil der pflanzliche Kraftstoff eine geringere Energiedichte hat als Benzin aus Erdöl. Untersuchungen zufolge sollen zwei bis drei Prozent mehr Kraftstoff auf 100 Kilometer nötig sein; Automobilvereine wollen sogar einen Mehrverbrauch von bis zu sieben Prozent festgestellt haben.

Vor allem die Besitzer älterer Autos müssen auf E10-Sprit verzichten. Mehr Ethanol im Tank greift in älteren Fahrzeugen Dichtungen an und führt zu Schäden an den Motoren. Den Fahrern der in die Jahre gekommenen Autos bleibt nur, beim Tanken auf Benzin mit maximal fünf Prozent Ethanol – entsprechend als E5 oder SuperPlus an der Zapfsäule deklariert – zurückzugreifen. Für die Besitzer älterer Fahrzeuge ohne E10-Tauglichkeit stellt sich außerdem die Frage, zu welchem Preis sie ihr Fahrzeug als Ge-

brauchtwagen weiterverkaufen können. Da sind beim Verkauf deutliche Abschläge wahrscheinlich.

Betroffen sind davon die Besitzer von rund drei Millionen PKW und einer Million Motorräder. Aber auch motorisierte Kleingeräte – Gartengeräte, Rasenmäher u.ä. – sind betroffen. Zudem misstrauen auch Fahrer neuerer Modelle den politischen Verlautbarungen über die E10-Verträglichkeit ihrer Motoren und verzichten auf den neuen Sprit. Das allerdings bedeutet derzeit vier bis fünf Euro Mehrkosten pro Tankfüllung, denn der E10-Kraftstoff ist billiger als das E5-Benzin. Zwar lässt sich mit E5 im Tank etwas weiter fahren, das gleicht die Mehrkosten aber nicht aus.

### Interessengruppen, Nutznießer, Profiteure

Während also Umweltschützer, Automobilhersteller und Autofahrer unzufrieden mit dem politisch verordneten Umweltschutz per Zapfpistole sind, zeigen sich Bauernverband und Biokraftstoffhersteller als besonders eifrige E10-Fürsprecher. Auch der Bundesumweltminister plädiert für den neuen Kraftstoff.

Zumindest einer dürfte in jedem Fall positiv in die E10-Zukunft blicken: der Bundesfinanzminister. Das beigemischte Ethanol unterliegt nämlich dem gleichen Steuersatz wie der Kraftstoff aus Mineralöl. Auf den erhöhten Verbrauch sind zusätzlich zur Mineralöl- auch die 19-prozentige Umsatzsteuer – landläufig als Mehrwertsteuer bekannt – fällig. Möglicherweise sind bis zu drei Prozent Mehrver-

brauch für den Einzelnen nicht so relevant, bei einem bisherigen Verbrauch von sieben Litern auf 100 Kilometern ist das rund ein Fünftel Liter mehr. Aber auf die Masse des gesamten Verbrauchs summiert sich das auf ein paar Millionen Liter, und damit wachsen auch die Steuereinnahmen.

### E10 – sprudelnde Steuerquelle?

Ein weiteres Zubrot für die Staatskasse könnte sich aus den Strafzahlungen ergeben, die die Mineralölunternehmen zu leisten hätten, wenn die sogenannte Biokraftstoffquote nicht erfüllt wird. Sie beträgt zwei Cent pro Liter Benzin, wenn weniger E10 getankt wird, als nach der Quote vorgesehen. Der Mineralölwirtschaftsverband hat Anfang März ausgerechnet, dass eine mögliche Strafzahlung von 456 Millionen Euro zusammen kommen könnte, wenn die Autofahrer weiterhin und dauerhaft das Tanken von E10 verweigern. Die Strafe würde laut Verband dann über den Preis an den Zapfsäulen auf die Kunden abgewälzt.

Diejenigen, die es letzten Endes betrifft, haben längst entschieden: Sie verweigern das verordnete neue Produkt, politischen Wünschen, Plänen und „Benzingipfeln“ zum Trotz. Ganz im Sinne von Ludwig Erhard übrigens, der überzeugt war, dass das Maß der Dinge in einer Marktwirtschaft die Verbraucher sind. Dumm nur, dass sie die Kosten für derart ambitionierte politische Entscheidungen tragen müssen.

Andreas Schirmer



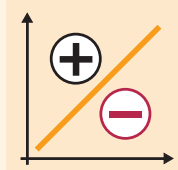
„Das wahre Große in der Welt ist immer nur das, was nicht gleich gefällt.  
Und wen der Pöbel zum Gotte weiht, der steht auf dem Altar nur kurze Zeit.“

Siegfried August Mahlmann, deutscher Publizist (1771 - 1826)

## IM KLARTEXT

März 2011

### INDEX



### Die Soziale Marktwirtschaft im März 2011

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

### Vollbeschäftigung (+/-)

Genau 3 317 099 Menschen ohne Arbeit zählten die Statistiker der Bundesagentur für Arbeit (BA) im Februar 2011; im Vergleich zum Vorjahresmonat gab es rund 330 000 Arbeitslose weniger.

So erfreulich die Entwicklung ist: In Wirklichkeit waren weitaus mehr Menschen auf Arbeitssuche. In den Statistiken der BA findet man die entsprechenden Zahlen in der Rubrik „Unterbeschäftigung“. Und siehe da, rund eine Million weiterer Menschen fielen

im Februar durch das Raster der offiziell genannten Arbeitslosenzahl: Ohne Kurzarbeit verzeichnete die BA rund 4,3 Millionen Menschen, die eine Arbeitsstelle suchen. Ein schwacher Trost: Auch inklusive Unterbeschäftigung sinken die Arbeitslosenzahlen.

### Eigenverantwortung (-)

Die im Februar 2006 probe-weise eingeführte „freiwillige Arbeitslosenversicherung“ für Selbständige hat sich nach Ansicht der Bundesregierung bewährt und wird seit Jahresbeginn 2011 unbefristet fortgeführt. Allerdings erhöhen sich die Beiträge drastisch: Im Vergleich zum Vorjahr sind aktuell Versicherungsbeiträge in doppelter Höhe fällig. 2012 verdoppeln sich die Beiträge erneut (siehe Tabelle). Zum Vergleich: Der Höchstbeitrag für sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer liegt aktuell bei 165 Euro, wovon der Arbeitgeber mit 82,50 Euro die Hälfte trägt.

Die Zahl der Selbständigen in der Arbeitslosenversicherung – vom Handwerker bis zur freien Journalistin – ist

### Beitragssätze

für freiwillig Versicherte in der Arbeitslosenversicherung in Euro

	alte Bundesländer	neue Bundesländer
bis 12/2010	17,89	15,19
ab 1/2011	38,33	33,60
ab 1/2012	76,66	67,20

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

unbekannt. Weder das Statistische Bundesamt noch die Bundesagentur für Arbeit zählen die freiwilligen Mitglieder. Auflagen einhalten, Anwartschaften erfüllen, Formulare ausfüllen – freischaffende Kunst anno 2011?

### Geldwertstabilität (-)

Ende 2010 summierte sich die Schuldenlast von Bund, Ländern und Gemeinden auf rund zwei Billionen Euro, eine Steigerung um 18 Prozent im Vorjahresvergleich! Der Bund war mit 1 284 Milliarden Euro verschuldet, die Länder standen mit 595 Milliarden Euro in der Kreide, Gemeinden und Gemeindeverbände waren mit 119 Milliarden Euro in den Miesen.

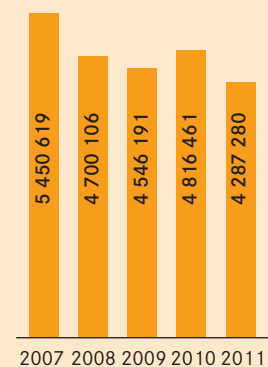
Wesentlich zum Anstieg beigetragen haben die im Jahr

2010 gegründeten „Bad Banks“ FMS Wertmanagement (die Bad Bank der Hypo Real Estate) sowie die Erste Abwicklungsanstalt (die Bad Bank der WestLB). Allein durch sie stieg der Schuldenstand um 232 Milliarden Euro.

Wie dieser immense Schuldenberg bewältigt werden soll? Finanzminister und Kämmerer setzen auf die „Schuldenbremse“ – Bund und Länder dürfen von 2020 an grundsätzlich keine neuen Schulden mehr machen, zumindest theoretisch –, um die Haushaltskonsolidierung anzupacken. Nun ja: Die Hoffnung stirbt zuletzt.

### Unterbeschäftigung

ohne Kurzarbeit, jeweils Februar



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

### Staatsschulden

in Milliarden Euro



Quelle: Statistisches Bundesamt

### Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn  
 Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49  
 Redaktion: Andreas Schirmer · Fotos: picture-alliance/dpa, picture-alliance/Sven Simon  
 Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel  
 erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

*Ludwig Erhard*